A2 Kommunalwahl 2020: Heute schon an übermorgen denken

Gremium:	Kreisvorstand
Beschlussdatum:	31.01.2018
Tagesordnungspunkt:	6. Anträge

Der Kreisvorstand wird beauftragt, einen Prozess zur Vorbereitung eines Kommunalwahlprogrammes zu organisieren. In diesem Prozess sollen in Zusammenarbeit mit den Arbeitsgemeinschaften, der Fraktion und ihren Arbeitskreisen sowie der Mitgliedschaft politische Anträge zu den inhaltlichen Schwerpunkten GRÜNER Politik erarbeitet und mit externen Expert*innen diskutiert werden. Die Anträge werden jeweils von einer Mitgliederversammlung diskutiert und bestätigt und bilden die Grundlage für das Kommunalwahlprogramm 2020.

Begründung

Mit dem Antrag "Halbzeit im Stadtrat: Zwischenbilanz und Ausblick" zeigen wir GRÜNE, dass wir in Bielefeld entscheidend mitgestalten und willens sind, uns weiterhin in der zweiten Halbzeit des Legislatur für eine GRÜNE Stadtgesellschaft einzubringen. Dies geschieht in dem Wissen, dass es uns auch in der aktuellen Koalition nicht an jeder Stelle gelingen wird, GRÜNE Programmatik vollständig umzusetzen.
Ausgehend von einem wahlkampffreiem Jahr 2018 wollen wir die verfügbare Zeit jetzt nutzen, GRÜNE Zukunftsideen für Bielefeld zur erarbeiten und sie jetzt schon innerhalb und außerhalb unserer Blase zu diskutieren und im kommenden jahr 2019 mit Projektplänen zum Leben zu erwecken. Auf Basis dieser Projektpläne soll unser Kommunalwahlprogramm entstehen.
Durch den frühen Start soll es darüber hinaus ermöglicht werden, große Teile der Mitgliedschaft in den Programm-Prozess einzubinden.

A3 Antrag zum Wechselmodell

Gremium:	Kreisvorstand
Beschlussdatum:	15.02.2018
Tagesordnungspunkt:	1. Begrüßung

Wir halten das Wechselmodell grundsätzlich für eine gute Möglichkeit Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern herzustellen und den betroffenen Kindern einen guten Kontakt zu beiden Elternteilen zu ermöglichen. Wenn es dem Kindeswohl entspricht, sollte das Wechselmodell auch gegen den Willen eines Elternteils angeordnet werden können.

Begründung

Warum

Das GRÜNE Gremium Bundesfrauenrat beschloss am 14.10.2017 unter dem Titel „Selbstbestimmung und Gleichberechtigung“ unter dem Punkt „Alleinerziehende“:

„Wir sprechen uns entschieden gegen Bestrebungen aus, das Wechselmodell im Sorgerecht zu standardisieren. Grundsätzlich setzen wir uns für Partnerschaftlichkeit ein, aber das Wechselmodell kann nicht gegen den Willen eines Elternteils funktionieren.“

Die Ausgangslage

Gemeint ist die Situation, dass Eltern sich trennen. Die Eltern entscheiden dann, ob die Kinder bei einem von ihnen wohnen, sogenanntes Residenzmodell. Oder ob die Kinder wechselnd bei beiden Elternteilen wohnen. Das Wechselmodell. Wie das Wechselmodell gelebt wird, ist völlig unterschiedlich. Die Kinder können drei Tage bei einem und vier Tage bei dem anderen Elternteil wohnen, oder fünf Tage bei dem einen, zwei Tage bei dem anderen Elternteil. Oder, oder, oder. Es heißt schlicht, dass das Kind bei beiden Elternteilen wohnt. Die konkrete Ausgestaltung hängt völlig von den konkreten Gegebenheiten ab.

Können die Eltern sich nicht einigen, wo das Kind wohnen soll, entscheidet das Familiengericht. Das betrifft also ausschließlich Fälle, in denen beide Elternteile sich mindestens teilweise um die Kinder kümmern wollen, und mindestens ein Elternteil damit nicht einverstanden ist. Das Familiengericht wird fast immer eine*n Gutachter*in damit beauftragen, festzustellen, wie dem Kindeswohl entsprochen werden kann. Nur in seltenen Fällen wird es vorkommen, dass der Kontakt zu einem Elternteil dem Kindeswohl widerspricht.

Die derzeitige Gesetzeslage sieht so aus: Das Familiengericht darf das Wechselmodell auch gegen den Willen eines Elternteiles anordnen. Das hat der Bundesgerichtshof in höchster Instanz 2017 festgestellt. In der überwältigenden Mehrheit der Fälle tut es das aber nicht, sondern ordnet das Residenzmodell an. Auch die weiteren damit zusammenhängenden gesetzlichen Regelungen sind auf das Residenzmodell zugeschnitten, beispielsweise beim Unterhalt.

Um den Beschluss des Bundesfrauenrates inhaltlich umzusetzen, wäre mithin eine Gesetzesänderung erforderlich.

Es kann keine Regelung für alle Fälle geben

2015 forderte die Parlamentarische Versammlung des Europarates in ihrer Resolution Nr. 2079 einstimmig die Mitgliedstaaten auf, in ihren familienrechtlichen Regelungen die Möglichkeit des Wechselmodells nach Trennung der Eltern zu schaffen. Die nationalen Regelungen sollten Ausnahmen nur zulassen in den Fällen von Kindesmißbrauch, Vernachlässigung/Verwahrlosung und häuslicher Gewalt. Wieviel Zeit das einzelne Kind bei den Elternteilen verbringt, sollte sich nach den Bedürfnissen und Interessen des Kindes richten.

Völlig klar ist, dass in diesen drei von der Versammlung aufgeführten Fällen, das Wechselmodell nicht vom Gericht angeordnet werden sollte und auch nicht werden würde, denn man darf davon ausgehen, dass es dem Kindeswohl nicht entsprechen würde. Völlig klar ist weiter, dass die Lebensumstände der beteiligten Kinder und Eltern ein Wechselmodell überhaupt zulassen müssen. Wohnt ein Elternteil in Berlin und das andere in Hannover, dann wird das Wechselmodell nicht angeordnet werden, weil es nicht dem Kindeswohl entspricht. In jedem Fall muss und wird das Familiengericht die konkreten Umstände prüfen und entscheiden.

Kompliziert – für die Eltern

Das Wechselmodell verlangt den Eltern ab, dass sie miteinander in Kontakt bleiben. Eltern müssen sich abstimmen. In vielen Fällen sind Eltern nach einer Trennung aber dazu nicht mehr gewillt. Noch komplizierter wird die Situation, wenn neue Partner*innen in das Leben der Eltern treten. Dennoch bleibt eine Konstante: Das Kind hat immer noch die gleichen Eltern. Für das Kind ist immer noch dieselbe Person der Vater, dieselbe die Mutter. Diese Beziehungen zu beiden Elternteilen zu schützen, ist im Interesse des Kindeswohles und es ist absolut essentiell. Es wird also kompliziert – für die Eltern und im Interesse der Kinder.

Bei gleichgeschlechtlichen Paaren wäre die Lage noch komplizierter, weil von vornherein bis zu zwei Mütter und zwei Väter beteiligt sein könnten. In der Tat erfordert das von allen Beteiligten die Bereitschaft, sich in hohem Maße kooperativ zu verhalten. Nach jahrelangen Kämpfen haben wir erreichen können, dass gleichgeschlechtliche Paare rechtlich gleichgestellt sind. Wer sich auf eine solche Konstellation einlässt (Beteiligung von bis zu 4 Erwachsenen), der sollte sich darüber klar sein, dass Beziehungsabbrüche zu Bezugspersonen für ein Kind ein massives Problem darstellen und was das im Falle einer Trennung in der Partnerschaft bedeutet. Keinesfalls kann es heißen, dass das Kind dann die Person ist, die mit der komplexen Situation fertig werden muss, weil es auf einmal zwischen vier Haushalten pendeln oder bis zu drei Bezugspersonen verlieren soll. In jedem einzelnen Fall ist es Aufgabe des Familiengerichtes, eine tragbare und dem Kindeswohl entsprechende Regelung zu finden, die aber ein Gesetz unmöglich vorschreiben kann.

Frauen unterstützen, Männer unterstützen

Wir wollen, dass beide Elternteile sich in ihren Familien einbringen, gute Bindungen zu ihren Kindern haben. Wir wollen, dass Frauen familiär entlastet werden – durch ihre Männer. Frauen müssen jeden Tag wieder damit leben, dass vom Arbeitgeber*innen und auch den Kolleg*innen bei jeder Entscheidung mitgedacht wird, dass die Frauen ja entweder Kinder haben oder bekommen könnten und dann ausfallen. Wegen Elternzeit, Teilzeit, kranken Kindern. Solange diese Überlegungen mitschwingen, wird es Frauen immer wieder sehr viel mehr Mühe kosten, Verantwortung im Job übernehmen zu können, überhaupt bestimmte

Jobs/Ämter zu bekommen und Karriere zu machen. Fundamental ändert sich daran etwas erst, wenn die zugehörigen Männer sich selbst direkt in der Verantwortung für ihre Kinder sehen. Und wenn auch die Arbeitgeber*innen, Kolleg*innen und zugehörigen Frauen sie in dieser direkten Verantwortung sehen.

Wir wollen, dass Frauen beruflich aufgewertet werden – indem wir die Männer familiär aufwerten.

Wir wollen, dass Männer Elternzeit nehmen – mehr als zwei Monate! Wir wollen, dass auch mal die Männer zu Hause bleiben, wenn die Kinder krank sind. Wir begrüßen es, wenn Männer Teilzeit arbeiten und sich mehr um Kinder und Haushalt kümmern. Wir wollen, dass die Väter sich in der Verantwortung sehen. Das heißt aber auch, dass wir ihnen nicht verwehren dürfen, sich nach einer Trennung um ihr Kind zu kümmern.

Auch für die Fälle, in denen während der Partnerschaft eine Aufteilung der Erziehungsaufgaben nicht stattfand, kann das Gesetz keine Vorgabe machen. Es ist Aufgabe des Familiengerichtes die konkreten aktuellen Umstände festzustellen und eine Entscheidung im Interesse des Kindeswohles zu treffen.

Ein Signal

Die juristische Möglichkeit, das Wechselmodell anzuordnen, allein wird kaum eine wahrnehmbare Veränderung der Verhältnisse herbeiführen. Begleitend müssen die Umstände geschaffen werden, damit es auch wirklich in großem Maße genutzt werden kann. Jugendhilfemaßnahmen könnten beispielsweise Eltern dabei unterstützen für ihre Kinder zu sorgen und mit ihren Expartner*innen in die notwendige Kooperation zu gelangen. Eine gesetzliche Klarstellung, dass das Wechselmodell (auch gegen den Willen eines Elternteils) angeordnet werden kann, wäre ein Signal und nicht mehr. Wir würden nicht einmal die Rechtslage ändern. Wir würden damit die Aufteilung der Erziehungsarbeit aufwerten und zeigen, in welche Richtung unsere Gesellschaft gehen soll. In die Richtung einer juristischen und gelebten Gleichberechtigung.

TOP 2 - A1neu Noch mehr GRÜN für Bielefeld

Antragsteller*innen:
Tagesordnungspunkt: 2. Halbzeit im Stadtrat: Zwischenbilanz und Ausblick

Seit Anfang 2015 arbeitet die GRÜNE Ratsfraktion mit der SPD-Fraktion und der Ratsgruppe Bürgernähe/PIRATEN in der sog. „Paprika-Koalition“ erfolgreich zusammen. Auf der Basis eines Koalitionsvertrags hat die GRÜNE Ratsfraktion bereits vieles umgesetzt und gemeinsam mit dem Oberbürgermeister zahlreiche Projekte realisiert.

GRÜNE Politik ist erfolgreich, GRÜNE Politik wirkt nachhaltig: Erfolgreiche Zwischenbilanz der „Paprika-Koalition“

Die GRÜNE Handschrift ist deutlich sichtbar, Natur- und Umweltschutz profitieren durch unsere Arbeit: Wir konnten den Strothbachwald retten, die Johannisbachaue unter Schutz stellen und die ökologisch bewirtschafteten städtischen Flächen sichern. Neue Initiativen wie „Urban Gardening“ konnten wir unterstützen. Die Freilegung der Lutter in der Ravensberger Straße kommt, die Platanen-Allee bleibt erhalten und ein Konzept zur Entwicklung des Lutter-Grünzugs haben wir auf den Weg gebracht. Eine GRÜNE Erfolgsgeschichte ist das Mehrwegsystem für Coffee-to-go-Becher. Und seit Januar 2017 bezieht die Stadt zu 100 Prozent Ökostrom.

Im verkehrspolitischen Bereich haben wir die Verbesserung der Fahrradinfrastruktur auf den Weg gebracht. Es gibt mehr städtische Mitarbeiter*innen, die den Ausbau des Radverkehrs planen und realisieren. Den Stillstand im Ausbau des ÖPNV konnten wir überwinden. Die Verlängerung der Linie 2 nach Altenhagen ist erfolgt und die Koalition hat beschlossen, die Linie 1 nach Sennestadt und die Linie 4 auf den Hochschul-Campus zu verlängern.

Dem Thema Wohnungsbau haben wir uns gestellt und Beschlüsse getroffen, die den Bau des dringend benötigten bezahlbaren Wohnraums in unserer Stadt ermöglichen. Die ersten Wohnungen für Geflüchtete sind fertiggestellt, viele Bauvorhaben sind auf den Weg gebracht und das Personal im Bauamt ist aufgestockt. Mit einem „Bündnis für bezahlbaren Wohnraum“ wollen wir die Zahl der zusätzlichen Wohnungen bis zum Jahr 2020 erheblich steigern.

Im Jugend- und Sozialbereich konnten wir ebenfalls wichtige Akzente setzen: Die Leistungsverträge sind verlängert – und zwar mit besseren Konditionen. Bei den „Kosten der Unterkunft“ haben wir die Kriterien so geändert, dass mehr Menschen in ihren Wohnungen bleiben und nicht mehr von ihrem Existenzminimum Miete dazuzahlen müssen. Das Sozialticket konnten wir mit Landesmitteln weiterführen. Wir haben Maßnahmen beschlossen, die die Kinder- und Jugendbeteiligung und auch die Qualität der Arbeit in Kitas verbessern. Und wir haben erreicht, dass weitere Kitas gebaut werden. Die dringend notwendige Inklusion haben wir angepackt und den Inklusionsplan beschlossen.

Den Offenen Ganztag bauen wir weiter aus. Das Schulbudget ist erhöht. Und Eltern können ihre Kinder in diesem Monat erstmals in zwei städtischen Sekundarschulen mit längerem gemeinsamem Lernen anmelden. Schulen werden ermutigt und gefördert, kulturelle Bildung stärker einzusetzen. Abgesichert ist das in einem im Kulturentwicklungsplan verankerten Gesamtkonzept, das allen Bürger*innen gleichermaßen den Zugang zu kultureller Bildung ermöglichen soll. Die freie

Kulturszene stärken wir mit mehr Geld für Projekte und Investitionen. Und sie kann jetzt mit Leistungsverträgen besser planen.

In den letzten Jahren sind viele Geflüchtete und Migrant*innen aus EU-Staaten nach Bielefeld gekommen. In bewährter Weise haben Verwaltung, Kommunalpolitik, Sozialverbände und unzählige ehrenamtlich Tätige für gute Integrationsbedingungen gesorgt. Trotz schwieriger Finanzlage haben wir erhebliche kommunale Mittel für Sprachkurse, mehr Quartiersarbeit und die Unterstützung zivilgesellschaftlicher Initiativen in der Geflüchtetenarbeit bereitgestellt.
Mit dem Handlungsprogramm zur Gleichstellung von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, trans- und intergeschlechtlichen Menschen haben wir einen entscheidenden Schritt gemacht zur umfassenden Anerkennung aller Bielefelder*innen unabhängig von ihrer Herkunft, ihrem Geschlecht oder ihrer sexuellen Orientierung.

Der eingeschlagene Kurs der Haushaltspolitik hat sich bewährt: Auf der Basis des Konsolidierungsvolumens von mehr als 70 Mio. Euro schreibt der städtische Haushalt bereits zum zweiten Mal in Folge schwarze Zahlen – statt Defizite in zweistelliger Millionenhöhe. Der geplante Haushaltsausgleich im Jahr 2022 ist realistisch.

10 Grüne Punkte für ein besseres Bielefeld

Für die verbleibende Zeit bis zur nächsten Kommunalwahl im Jahr 2020 gilt es, unser Profil zu schärfen und die GRÜNE Gestaltungskraft zu stärken. Insbesondere auf folgende Punkte legen wir den Fokus:

1. Kommunale Klimaschutzpolitik

In Berlin stellt die Große Koalition die Klimaschutzziele in Frage und verhindert den Kohleausstieg. Umso wichtiger ist es, dass wir hier in Bielefeld den Klimaschutz weiter verbessern. Wir GRÜNEN wollen die CO2-Emissionen in Bielefeld bis 2050 erheblich senken (80 bis 90% im Vergleich zu 1990), den Endenergieverbrauch bei der Wirtschaft und den Privathaushalten um 50% und den KFZ-Verkehr um 40% reduzieren. Das geht, wenn wir energieeffizienter leben, eine andere Mobilität ermöglichen, den motorisierten Individualverkehr reduzieren und nachhaltiges Wirtschaften fördern. Innerstädtisches Grün wollen wir erhalten und ausweiten. Den Verkehr auf dem Jahnplatz wollen wir reduzieren und die Nutzung von Elektro- und wasserstoffbetriebenen Fahrzeugen erheblich ausbauen.

2. Haushalt in Ordnung bringen

Dank unserer konsequenten Haushalts- und Finanzpolitik wird Bielefeld spätestens im Jahr 2022 wieder einen ausgeglichenen Haushalt haben. Trotz aller notwendigen Einsparungen ist es uns gelungen, die soziale und kulturelle Infrastruktur zu erhalten. Im Sinne einer generationengerechten Finanzpolitik wollen wir nun Schulden abbauen und den Rücklagenverzehr stoppen.

3. Verantwortungsvolle Flächenpolitik

Unsere Stadt wächst. Wir brauchen tausende neue Wohnungen. Und wir brauchen Flächen für Gewerbe und die Hochschulen. GRÜNE stehen für eine verantwortungsvolle Politik mit Flächen als kostbares und begrenztes Gut, die die Belange der Umwelt und des Natur- und Klimaschutzes berücksichtigt, ebenso wie das „Cradle-to-Cradle"-Prinzip. Für uns steht deshalb Flächenrecycling,

Konversion und Nachverdichtung vor einer Ausweisung von Flächen auf der „Grünen Wiese“.

4. Chancengerechtigkeit herstellen

Die soziale Ungleichheit, die Kinderarmut und die Zahl armer Menschen im Alter nehmen auch in Bielefeld zu. Um die vielfältigen Ursachen dieser Entwicklung wirkungsvoll bekämpfen zu können, brauchen wir einen integrierten Ansatz, der die Bekämpfung von Armut und Bildungsbenachteiligung mit Quartiers- und Stadtentwicklung verknüpft. In einigen Quartieren gibt es bereits gute Erfahrungen mit solchen Projekten. Diese wollen wir weiterentwickeln und ähnliche Projekte in weiteren Quartieren initiieren.
Wir möchten aber auch besondere Problemlagen und Menschen mit Mehrfachbelastungen stärker in den Blick nehmen.
Wir möchten überprüfen, ob Wohnraumkontingente für Menschen mit Mehrfachbelastungen (z.B. von Gewalt betroffene Frauen) geschaffen werden sollten und sie im Übergang in die neue Wohnung durch nachsorgende Beratung länger unterstützt werden können, damit sie nicht länger als nötig in den entsprechenden Einrichtungen leben müssen.

Da gerade Familien mit kleinen Kindern und alleinerziehende Eltern von Armut betroffen sind, möchten wir die Kita Beitragssatzung dahingehend überprüfen, ob Kita-Beiträge für Eltern mit niedrigem Einkommen reduziert werden können.

5. Digitalisierung gestalten und Chancen nutzen

Die Digitalisierung durchdringt zunehmend alle unsere Lebensbereiche. Sie bietet viele Chancen für mehr Transparenz zum Beispiel durch die Bereitstellung wichtiger Umweltdaten (Jahnplatz, Verkehrszählung OWD) mittels open data. Sie kann den Alltag erleichtern und uns bei der Erreichung von wichtigen kommunalen Zielen wie Energieeffizienz oder mehr Bürgernähe durch E-Government unterstützen. GRÜNE stehen nicht nur für die Schaffung der notwendigen Voraussetzungen für die Digitalisierung (Breitbandausbau, freies W-Lan), sondern auch für die Erhöhung der Möglichkeiten durch Digitalisierung in möglichst vielen Bereichen der Verwaltung und des öffentlichen Lebens – natürlich unter Wahrung des Datenschutzes. Wir wollen Bielefeld zu einer digitalen Zukunftsstadt entwickeln.

6. Schule und Bildung weiter verbessern

Wir GRÜNE wollen die Schullandschaft mit einer fundierten Schulentwicklungsplanung bedarfsgerecht ausbauen. Das Ziel dabei ist, dem Elternwillen gerecht zu werden, Bildungsbenachteiligungen abzubauen und allen Kindern in Bielefeld den bestmöglichen Bildungserfolg zu eröffnen. Dazu gehören Schulen, die im Quartier vernetzt sind. Die Schulen wollen wir mit zeitgemäßen digitalen Medien ausstatten, Medienkompetenz muss in der Schule vermittelt werden. Den Offenen Ganztag wollen wir weiter ausbauen und verbessern. Die größte Investition in Schule wird der Neubau der maroden Martin-Niemöller-Gesamtschule sein. Diesen Neubau wird es mit den GRÜNEN nur an dem Standort geben, an dem auch das von Fachleuten entwickelte pädagogische Konzept umgesetzt werden kann.

7. Integration als kommunale Zukunftsaufgabe

Für die Integration aller neu nach Bielefeld gekommenen Menschen sind wir gut gerüstet. Dennoch müssen wir noch viel tun, damit sie dauerhaft erfolgreich ist. Wir brauchen mehr Wohnungen und mehr Kitaplätze, zusätzliche Plätze an Schulen, weitere Ausbildungsplätze und Beschäftigungsmöglichkeiten. In den Institutionen muss ausreichend Personal vorhanden sein, um Integration zu fördern. Auch die soziale, politische und kulturelle Teilhabe der Menschen haben wir im Blick. Wir wollen eine bessere politische Beteiligung der Menschen mit Migrationsgeschichte. Den Integrationsrat wollen wir erhalten. Die Stimme von Geflüchteten muss politisch Gehör finden.

8. Ein Kulturhaus für Bielefeld

Bielefeldprofitiert in vielerlei Hinsicht von seiner vielfältigen Kulturszene. Vielen Kreativen fehlen aber Räume und Infrastruktur. Daher unterstützen wir Initiativen, die sich auf den Weg zu einem Kulturhaus für Bielefeld machen. Die Zwischennutzung von leerstehenden Räumen für kulturelle Zwecke wollen wir ermöglichen.

9. Bielefeld setzt Zeichen für den Natur- und Artenschutz

Die Insekten sind ein Indikator für den Zustand unserer Umwelt. Als Bestandteil des Ökosystems werden mit ihrem Rückgang viele andere Tier- und Pflanzenarten verschwinden. Flächenversiegelungen, Monokulturen, Pestizideinsatz: Dies sind nur drei Bausteine im tückischen Gefüge, das die Natur an den Rand der Existenz treibt. Deswegen wollen wir GRÜNE unser vielfältiges Bielefelder Grünsystem und die nachhaltige Landwirtschaft erhalten. Pestizide – Glyphosat, Neonikotinoide und Co. – haben auf dem Feld und im Garten nichts zu suchen!

Immer wieder werden standortprägende, gesunde Bäume ohne Grund gefällt. Es wird Zeit, unseren Bielefelder Bäumen den Schutz zukommen zu lassen, den sie verdienen – auch auf privaten Flächen. Deswegen: Eine Baumschutzsatzung für Bielefeld!

10. Partizipationsmöglichkeiten verbessern

Bürger*innen möchten ihre Stadt mitplanen und mitgestalten. Dabei reicht es nicht aus, dass sie alle fünf Jahre den Rat wählen können. Wir wollen Formen der Beteiligung schaffen, die möglichst alle Menschen nutzen können. Dazu gehören bessere Beteiligungsmöglichkeiten für Kinder- und Jugendliche sowie die Förderung und Ausweitung der Beteiligungsinstrumente wie z.B. der Bürgerwerkstätten. Entscheidungen wollen wir transparenter machen und digitale Möglichkeiten besser nutzen. Die Stadtverwaltung braucht eine*n Partizipationsbeauftragte*n!

TOP 5-A1 Gleichstellungsarbeit im KV Bielefeld – wir werden vielfältiger, bunter, mehr!

Gremium:	Kreisvorstand
Beschlussdatum:	07.02.2018
Tagesordnungspunkt:	5. Gleichstellung im Kreisverband

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nehmen für sich in Anspruch, die Gleichstellung auf allen Ebenen voranzutreiben – wir fordern eine inklusive Gesellschaft, Schule, die alle Kinder unterrichten, gleiche Gehälter und Repräsentanz von Frauen und Männern, rechtliche Gleichstellung und ein Ende der Diskriminierung von LSBTIQ. Schlicht: Wir wollen eine Gesellschaft gestalten, die Vielfalt als Gewinn ansieht und sich von stereotypen Denkmustern trennen kann.

Festzustellen ist aber: Noch ist diese Gesellschaft eine Vision. Denn verschiedene Menschen treffen Tag für Tag auf spezifische Hürden. Manche mehr, manche weniger. Gepflogenheiten, informelle Hierarchien und Netzwerke, offene Ressentiments und vieles mehr, machen Menschen die Partizipation schwer.

Doch es ist ein Problem, dass unter anderem Frauen, Migrant*innen, Menschen mit Behinderung, Arbeitslose in Entscheidungsstrukturen unterrepräsentiert sind. Ihre Perspektiven schlagen sich nicht ausreichend in Prozessen nieder, ihre spezifischen Bedürfnisse finden kein Gehör.

Auch wir als Partei sind nicht frei von diesen wirkmächtigen Strukturen. Informelle Gepflogenheiten und Hierarchien gibt es auch bei uns und machen manche*r Neueinsteiger*in den Einstieg schwer. Nicht immer schaffen wir es, Sitzungen und Kommunikationsstrukturen so offen zu gestalten, wie es nötig wäre. Instrumente wie die Quotierung von Ämtern, Wahllisten und Redelisten sind ein durchschlagender Erfolg. Doch wir wollen mehr erreichen, mehr Menschen mitnehmen, einen weiteren Schritt gehen. Schauen wir auf unsere Gremien, die Wahl der Delegierten für Parteitage, müssen auch wir feststellen: Wir sind bei weitem nicht so vielfältig wie die Gesellschaft es ist. Und dies wollen wir ändern.

Wir verstehen diesen Aufschlag dabei als den Beginn eines Prozesses, der gelingen kann, wenn wir gemeinsam an einem Strang ziehen. Nicht zuletzt im Hinblick auf die 2019 anstehenden Listenaufstellungen für die Kommunalwahl gehen wir es an!

Zunächst gründen wir eine offene Gruppe, die zum einen als Anlaufstelle für Personen dienen sollen, die als GRÜNE in Partei und Fraktion aktiv werden wollen und sich hierbei Unterstützung wünschen, unabhängig vom politischen Interessensgebiet. Die Gruppe übernimmt zum einen Steuerungsfunktionen für den Prozess und befasst sich zum anderen mit der Weiterentwicklung und Umsetzung gleichstellungspolitischer Instrumente und Maßnahmen, in enger Zusammenarbeit mit dem Kreisvorstand. Sie versteht sich als politisch, die Agenda wird durch ihre aktiven Mitglieder bestimmt. Beispielsweise können verschiedenste parteipolitische Beschlüsse oder sonstige politische Maßnahmen (bspw. Maßnahmen der Stadt) auf ihre Auswirkung für die erwünschte Gleichstellung untersucht und Positionen hierzu formuliert werden. Aktionen, Veranstaltungen und Fortbildungen zu Themen der Gleichstellung könnten hier ebenso organisiert werden.

Folgende konkrete Instrumente schlagen wir für Fraktions- und Parteiarbeit vor, um eine breitere Teilhabe zu ermöglichen:

- Wir wollen einen Mentorinnen Pool mit erfahrenen GRÜNEN Frauen aufbauen, um Tandempartnerschaften zu vermitteln. So kann im vertrauensvollen Rahmen Unterstützung geleistet werden. Dieses Angebot richtet sich dabei nicht nur an Frauen.

- Flexibilisierung der Sitzungen: Für Menschen, die pflegen, kleine Kinder haben, in anderen Orten arbeiten, oder beispielsweise nicht gut zu Fuß sind, kann die Teilnahme an Sitzungen, die in erster Linie an dem von 8 bis 16 Uhr arbeitenden Bevölkerungsanteil ausgerichtet sind, ein Problem darstellen. Wir streben eine Flexibilisierung dieser Sitzungen an: Mitgliederversammlungen sollen auch mal an einem Samstagvormittag stattfinden, die Teilnahme an Sitzungen von Kreisvorstand und Co. sollen über eine Webinar-Software oder Videotelefonie auch von anderen Orten aus möglich sein.

- Wir wollen die Sitzungsgestaltung flexibilisieren und über den Einsatz verschiedener Methoden und Gesprächsformate mehr Raum für niedrigschwelligere Diskussionen schaffen. Mitgliederversammlungen müssen nicht immer im großen Plenum tagen; durch den Einsatz von Beamer und Co. lässt sich das Verfolgen einer Sitzung erleichtern.

- Redeanteile: Die Quotierung der Redeliste wird in Sitzungen konsequent durchgeführt. Zudem werden Menschen, die sich im Rahmen einer Debatte zum ersten Mal melden, vorgezogen. Wir streben an, dass auch Berichte bei Beibehaltung einer Quotierung erfolgen. Redebeiträge sollten bei Bedarf begrenzt werden.

- Schriftliche Kommunikation: Wir kommunizieren unsere Positionen mehr in einfacher Sprache und lassen uns dafür schulen. Wir prüfen für spezifische Anlässe, mehrsprachige Angebote zu machen, zum Beispiel im Rahmen der Wahlkämpfe

- Vor Sitzungen mit komplexeren Inhalten sollte eine Einführung anhand der aktuellen Tagesordnung angeboten werden.

- Wir veranstalten Workshops für unsere Mitglieder, die die Gleichstellung fördern sollen.

- Wir achten auf die Diversität unserer Referent*innen und Themen.

- Nach Möglichkeit wollen wir Veranstaltungen von Gebärdensprachdolmetscher*innen begleiten und übersetzen lassen.

Im Rahmen der Jahreshauptversammlung 2019 wird ein Bericht über die Arbeit der Gruppe vorgestellt.

Begründung

Wir verstehen unser Konzept als Aufschlag! Wir wollen einen Prozess in Gang setzen, der unser Bewusstsein für und unsere Wahrnehmung von Diskriminierung und informellen Strukturen stärkt. Dieses Konzept ist nur der Anfang und liefert noch nicht die Antworten auf alle Probleme. Einige der vorgeschlagenen Instrumente finden und fanden schon Anwendung. Neu ist jedoch, dass wir mit der Gruppe eine Struktur schaffen, die eine kontinuierliche Befassung mit der Problematik ermöglicht. Dies geschieht in Rücksprache mit dem Kreisvorstand und als Anlaufstelle auch für die Ratsfraktion, Stadtteilgruppen etc.